132. 1. Darf ein Untersuchungsrichter an der Urteilsfällung teilnehmen, wenn er in einer ursprünglich gegen zwei Angeeschuldigte geführten Untersuchung nur einen Teil der Voruntersuchung gegen einen Angeeschuldigten geführt und dieser nach geschlossener Untersuchung außer Verfolgung gesetzt ist?

St.ß.D. §. 23 Abs. 2.

2. Wird durch den Beschluß des Gerichts, vor der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens noch einzelne Beweiserhebungen eintreten zu lassen, die Voruntersuchung wieder eröffnet?

St.ß.D. §. 200.

II. Straffenat. Urtr. v. 8. Oktober 1880 g. ß. Rep. 2020/80.

I. Landgericht Stettin.

Aus den Gründen:

„Die prozessuale Beschwerde, welche auf Verletzung des §. 377 Nr. 2 u. §. 23 Abs. 2 St.ß.D. gestützt ist, kann für begründet nicht erachtet werden, da die zur Rechtfertigung derselben angeführte Behauptung, daß der Landgerichtsrat S., welcher als erkennender Richter an der

Urteilsfällung teilgenommen hat, die Voruntersuchung gegen den Angeklagten P., wenigstens teilweise, geführt habe, thatsächlich unrichtig ist.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem vormaligen Kreisgericht zu Cammin wurde durch Beschluß der Kreisgerichtskommission zu Wollin vom 11. März 1879 1) gegen den Gastwirt P. in M. wegen Verbrechen wider §§. 267. 270. 348. 349. 48. 74 St.G.B.'s, 2) gegen den Geometer und früheren Katasterkontroleur P. in S., den jetzigen Beschwerdeführer, wegen Verbrechen wider §§. 348. 349 St.G.B.'s die Voruntersuchung eingeleitet.

Dieselbe ist im Laufe des Sommers 1879 zunächst von dem Untersuchungsrichter F., später von L. geführt und vorläufig durch die am 29. August 1879 erfolgte Übersendung der Akten von dem Untersuchungsrichter an die Staatsanwaltschaft beendet worden. Die Staatsanwaltschaft zog noch ein Gutachten der Regierung zu S. ein und erhob, nachdem letzteres am 3. November 1879 eingegangen war, unterm 22. Dez. desj. Jz. gegen P. und P. Anklage. Unter dem 27. Dez. desj. Jz. wurde die Anklageschrift den Angeklagten in Gemäßheit des §. 199 St.P.D. mitgeteilt und am 30. Dezember Haftbefehl gegen dieselben erlassen. Bis dahin ist der Landgerichtsrat S. überhaupt nicht in dieser Sache thätig gewesen. Nach der Verhaftung ist der Angeklagte P. von dem als Untersuchungsrichter bezeichneten Landgerichtsrat S. am 20. und 21. Januar drei Mal vernommen worden, das erste Mal anscheinend, um der Vorschrift des §. 115 St.P.D. zu genügen, das zweite Mal um einen Antrag des Angeklagten in betreff eines Wahlverteidigers, das dritte Mal um einen Antrag wegen Lieferung von Schreibmaterial zum Protokoll zu nehmen. Diese Thätigkeit des Landgerichtsrates S. stand seiner Teilnahme an der Urteilsfällung nicht entgegen. Denn nach §. 23 St.P.D. kann der Untersuchungsrichter nur in den Sachen als erkennender Richter nicht teilnehmen, in welchen er die Voruntersuchung geführt hat. Die oben erwähnten Vernehmungen bilden aber keinen Teil der Voruntersuchung, wie sich aus dem Inhalt derselben ergibt. Sie können aber auch rechtlich nicht als Teil der Voruntersuchung gelten, weil diese mit der Erhebung der Anklage geschlossen war und es nach §. 200 St.P.D. erst eines Gerichtsbeschlusses bedurfte, um dieselbe wieder zu eröffnen. Nun hat allerdings unterm 29. Januar d. J. die Strafkammer beschlossen, zur besseren Aufklärung der Sache vor der Beschlußfassung über die Eröffnung

des Hauptverfahrens noch einzelne Personen und zwar zum Teil durch den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat S. vernehmen zu lassen, und es ist ferner zuzugeben, daß, da früher eine Voruntersuchung stattgefunden hatte, nach §. 200 St.P.D.¹ die darauf hin erfolgten Vernehmungen in der Sache noch als eine Ergänzung der Voruntersuchung aufzufassen sind.

Allein diese Ergänzung der Voruntersuchung hat nach Ausweis des Beschlusses vom 29. Januar d. J. nur in Bezug auf den Mitangeschuldigten Pr. stattgefunden. Wäre nun das Hauptverfahren auch gegen den Pr. eröffnet, so wäre der Landgerichtsrat S., welcher mit der teilweisen Ergänzung der Voruntersuchung betraut wurde, behindert gewesen, an der Hauptverhandlung als erkennender Richter teilzunehmen. Allein zufolge des Beschlusses vom 4. März d. J. ist Pr. außer Verfolgung gesetzt und nur gegen B. das Hauptverfahren eröffnet. Gegen diesen Angeschuldigten hat aber der Landgerichtsrat S. eine Voruntersuchung nicht geführt; derselbe war daher auch gesetzlich nicht an der Mitwirkung bei der Hauptverhandlung verhindert.“